

DIE PAPIERINDUSTRIE: Verband kritisiert Novelle des Elektro- und Elektronikgesetzes (ElektroG)

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. (DPI) begrüßt die Überarbeitung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), sieht aber starken Verbesserungsbedarf. Aus Sicht des Verbands bleiben zentrale Herausforderungen unberücksichtigt – insbesondere mit Blick auf einen wirksamen Umgang mit den zunehmenden Risiken durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien für den Altpapierkreislauf.

Die Zahl der Vorfälle mit Bränden, Explosionen und technischen Ausfällen nimmt kontinuierlich zu – mit erheblichen Auswirkungen auf Betriebssicherheit, Gesundheitsschutz und die Stabilität etablierter Wertstoffketten, insbesondere in der Papierindustrie. Altpapier, das mit einer Einsatzquote von 84 Prozent die zentrale Rohstoffbasis der deutschen Papierindustrie bildet, ist massiv von dieser Entwicklung betroffen. Aktuell kommt es beinahe täglich zu Bränden in Anlagen mit Altpapiereinsatz oder beim Transport und Sortieren von Altpapier. Die dabei entstehenden Schäden reichen von Produktionsunterbrechungen bis hin zur vollständigen Zerstörung von Anlagen und Personenschäden. Die Gefährdung betrifft nicht nur technische Anlagen, sondern auch die Mitarbeitenden sowie die Bevölkerung im Umfeld betroffener Standorte. Schon heute sind viele Anlagen nicht mehr versicherbar, was die Risiken für die Betreiber deutlich erhöht.

Die aktuelle Novelle des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) adressiert zwar die vereinfachte Rücknahme von Elektrogeräten, die tatsächliche Problematik der falschen Entsorgung solcher Geräte wird jedoch nicht effektiv angegangen. Sie wird den realen Herausforderungen der Unternehmen nicht gerecht und verkennet die Gefahr für unsere funktionierende Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft sowie für etablierte Stoffströme wie Altpapier.

DPI fordert daher:

1. Die Entwicklung eines Pfandsystems für lithiumhaltige Gerätebatterien

Zur Erhöhung der Sammelquoten und Verbesserung der Recyclingeffizienz sollte ein Pfandsystem eingeführt werden. Dieses muss sowohl für lose, lithiumhaltige Gerätebatterien als auch für Geräte gelten, in denen solche Batterien fest verbaut sind.

2. Das Verbot besonders brandgefährlicher Einwegprodukte

Produkte mit hohem Brandrisiko – wie Einweg-E-Zigaretten – sollten analog zu Frankreich, Belgien und Großbritannien verboten werden.

3. Die Einführung eines herstellerfinanzierten Brandschutzfonds

Ein verpflichtender Fonds, getragen von den Herstellern, muss eingerichtet werden. Ziel ist es, die durch illegale Entsorgung sowie Brandereignisse in der Altpapiersammlung, -sortierung und -verarbeitung entstehenden Mehrkosten fair auf die Verursacher zu verteilen.

Bei der Novelle des ElektroG muss dringend nachgebessert werden. Nur dann kann ein wirksamer Schutz des Altpapierkreislaufs gelingen. Was es braucht, ist eine konsequente Umsetzung der Gesetzesnovelle, die alle Stoffströme berücksichtigt und einen effektiven Schutz für unsere Anlagen bietet.